

Islam und moderner Nationalstaat

Veranstalter: Gerda Henkel Stiftung, Düsseldorf; Institut für Diaspora- und Genozidforschung; Ruhr-Universität Bochum

Datum, Ort: 12.03.2008-13.03.2008,

Bericht von: Kristin Platt, Institut für Diaspora- und Genozidforschung, Ruhr-Universität Bochum

Ausgangsperspektive für die Entwicklung der Tagungsidee war die Beobachtung einerseits neuer Gültigkeit sowie Neugestaltungen des Staatsbegriffs, andererseits neuer Nationalismen, die gegenwärtig zu politischer Macht drängen. Konfrontiert sind wir mit neuen Anstrengungen der Nationsbildung, aber auch mit der Zentralität eines neuen Verständnisses nationaler Staatlichkeit in den Planungsstrategien für eine stabile Weltordnung. Es ist insbesondere die politische Diagnose des Risikos, das fragile Staaten, schwache Staaten oder prekäre Staaten tragen, die dem Staatsgedanken weltweit neue Aufmerksamkeit zukommen lässt.

Eingeladen hatten die Gerda Henkel Stiftung (Düsseldorf) und das Institut für Diaspora- und Genozidforschung (Ruhr-Universität Bochum) mit einem gezielt weiten Fragenkatalog, der sich an Geschichts- und Islamwissenschaftler, Politik- und Sozialwissenschaftler richtete, um zu verdeutlichen, dass es eine Vielfalt von Fragen gibt, die die aktuellen Herausforderungen mit der historischen Forschung verbindet und deren Beantwortung höchst relevante Beiträge zur Grundlagenforschung einfordert.

Im Zentrum der Tagung stand die Erörterung von Modellen politischer Vergemeinschaftung im islamischen Verständnis. Aus historischer, islamwissenschaftlicher und politikwissenschaftlicher Sicht wurde die Entwicklung religiöser, politischer und sozialer Gemeinschaftsvorstellungen nachgezeichnet, wobei zugleich mögliche Konfliktfelder zwischen Kulturräumen im Prozess der Globalisierung aufgezeigt, um somit Gewaltpotentiale im Kontext konkurrierender Gesellschaftsvorstellungen zur Diskussion gestellt wurden.

Eröffnet wurde die Tagung durch den Staatssekretär für Bundes- und Europaangele-

genheiten, den Bevollmächtigten des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund MICHAEL MERTES, der in seinen einleitenden Überlegungen auf exemplarische Differenzlinien zwischen islamisch und westlich geprägten Staats- und Gemeinschaftsvorstellungen hinwies und damit zugleich einige zentrale Fragen vorgab, die die gesamte Tagung begleiten sollten. Es gehöre zu den zentralen Zukunftsfragen einer globalisierten Welt, ob das grundsätzlich säkulare Staatskonzept über die europäische Bedingtheit seines Entstehungszusammenhangs hinaus auch in der muslimischen Welt dauerhaft Anerkennung finde. Dabei verwies Mertens auf Umfragen, die belegen, dass Muslime selbst in ihrer Mehrheit Demokratie, moderne Gesellschaft und Islam nicht als unvereinbar ansähen, während Nicht-Muslime eher zu einem negativen Urteil hinsichtlich einer Vereinbarkeit von Islam und Demokratie neigen würden. Das Ziel müsse daher insbesondere darin bestehen, in wissenschaftlicher Redlichkeit entlang konkreter Fragen Gemeinsamkeiten und Differenzen herauszuarbeiten.

MIHRAN DABAG, Institut für Diaspora- und Genozidforschung, erörterte die Ausgangsidee der Tagung anhand aktueller Beobachtungen zum Nations- und Staatsbegriff in Politik und Politikwissenschaften, um für die Analysen sechs beispielhafte Felder zu öffnen: 1. die Beobachtung, dass der Begriff des Nationalstaats zu einem Begriff der Entwicklung geworden zu sein scheint; 2. die Frage, ob mit der gegenwärtigen Einstellung, dass Frieden auf internationaler Stabilität, und damit auf der Stabilität der Staaten basiert sein muss, die Bildung homogener Staaten gefördert wird, wie sie eigentlich als überwunden beschworen wurden?; 3. die Frage, ob es einen Nationalstaat ohne Nationalismus geben kann; 4. die Problematisierung, dass es keine Diskussionen um Vergemeinschaftungsformen außerhalb der nationalstaatlichen Struktur gibt; 5. die Frage, ob die Diskussion um Formen der Staatlichkeit aus der Polarisierung „der Westen/der Islam“ herausführen kann; 6. die Erörterung, was das heute so intensive Interesse an der Staatenbildung über unser gegenwärtiges Verständnis von Universalismus und Partikularismus aussagt.

MICHAEL HANSSLER, Vorstand der Gerda Henkel Stiftung, machte auf den Aspekt gegenwärtiger Bedeutung und auch Verpflichtung einer Beschäftigung mit dem Islam in der Wissenschaftsförderung aufmerksam. Die Aufdeckung von Grundprinzipien der menschlichen Gestaltung von Geschichte sei dabei ein Thema, das die Tätigkeit der Gerda Henkel Stiftung mit ihrer in Deutschland einzeln stehenden Konzentrierung auf die historischen Geisteswissenschaften zutiefst bestimmt. Aber auch das intensive internationale Engagement, das die Stiftung seit mehreren Jahren verfolgt, hatte den Gedanken wachsen lassen, eine Förderung für den Forschungsbereich „Islam und moderner Nationalstaat“ zu entwickeln.

Das erste Panel wurde gestaltet von LUCIAN HÖLSCHER (Ruhr-Universität Bochum, Neure Geschichte) und VOLKHARD KRECH (Ruhr-Universität Bochum, Religionswissenschaft), die mit ihren differenzierenden Eröffnungsvorträgen zentrale Kategorien für die Analyse der Beziehung zwischen Religion und politischer Gesellschaft zur Verfügung stellten: so die Unterscheidung zwischen Zivilreligion und säkularer Religion und die Unterscheidung zwischen Religiösität und der Einstellung zur Religion.

Lucian Hölscher versuchte mit der idiographischen Unterscheidung zwischen Zivilreligion und säkularen Religionen, den ihnen jeweils inhärenten Gesellschafts-, Politik- und Gottesbegriffen, vor allem das Schlagwort der Säkularität näher zu fassen - und die Bruchlinien nachzuzeichnen zwischen säkularer Religion und säkularer Religiösität oder der religiösen Vorstellung eines in der Welt tätigen Gottes und der säkularen Vorstellung eines tätigen Menschen. So stehen sich Funktionen, die aus dem Politischen erwachsen und Formen des Religiösen annehmen (u.a. zur Selbstlegitimation) und Funktionen einer Religion, die einen Weg hinein in die Welt nimmt, gegenüber. Deutlich wurde nicht allein, dass das in den Diskussionen gerne gewählte Schlagwort Säkularität nicht nur sehr unterschiedliche Bedeutungsdimensionen vereint. Hölscher machte zudem aufmerksam auf die Stabilität bestimmter Gottes- und Weltvorstellungen und problematisierte die Bedingungen des Bedeutungsverlustes

der Position Gottes in der Globalisierung. Volkhard Krech warnte nicht allein vor dem zu eindeutigen Gebrauch des Begriffs Globalisierung in Betrachtungen über die Beziehung von Religion, Gesellschaft und Identität, sondern verdeutlichte auf der Basis der Ergebnisse einer umfangreichen Clusteranalyse, dass der askriptive Zugang einer Vielzahl aktueller Erörterungen nicht nur im Gegensatz zu den Ergebnissen quantitativer Forschung steht, sondern auch implizit Inhalte, nicht Einstellungen oder Beziehungen thematisiere. Was lässt sich sagen über Einstellungen zu Religion als Faktor politischer oder persönlicher Kraft im Vergleich unterschiedlicher Religionen, Regionen und Kulturen? Was zeigt sich auf quantitativer Basis darüber, welcher Stellenwert Religion im nationalen Selbstbild zugemessen wird? Welche Einstellungen lassen sich zu Religion als aktivem Faktor in der Politik aufzeigen? Die Analyse überraschte nicht allein aufgrund einiger Einzelergebnisse, sondern vor allem mit der Einsicht, wie wenig differenziert das Verhältnis von Religion, Religiösität, persönlichen Identifizierungen und nationalen Selbstbildern derzeit betrachtet wird.

STEFAN REICHMUTH (Ruhr-Universität Bochum, Seminar für Orientalistik) und BETTINA DENNERLEIN (Abteilung für Geschichte und Kultur des Vorderen Orients, Asien-Afrika-Institut, Universität Hamburg) konfrontierten das Plenum mit der Herausforderung, die historische Entwicklung der Regionen, die sie jeweils in den Blick nahmen, unter dem Aspekt eines Nebeneinanders zu untersuchen und auf zu schnelle Kategorisierungen zu verzichten - nicht zuletzt, um so auch die Ordnungsgebundenheit unserer eigenen analytischen Kategorien zu hinterfragen und aufzudecken.

Stefan Reichmuth wählte dabei den Begriff des Protonationalismus, um die Ausbildung regionaler kollektiver Identitäten und Autoritäten zu charakterisieren. Während im arabischen Raum zwar durchweg eine kulturelle Identifikation mit der frühislamischen arabischen Reichsgeschichte und mit der „gedachten Ordnung“ einer arabischen Traditions- und Erfahrungsgemeinschaft, die über die Einzelstaaten mit großer Selbstverständlichkeit hinausreicht, gültig gewesen sei, könne

jedoch zugleich bereits für die Zeit vor 1800 die Entstehung regionaler wie transregionaler Identitäten im arabischen Raum nachgezeichnet werden, die als Momente einer Binnendifferenzierung innerhalb der arabischen Welt begriffen werden müssten. Exemplarisch zeigte Reichmuth dies anhand der Entwicklung regionaler, politischer und kultureller Eigenständigkeit und Autonomie in Ägypten, Marokko und Tunesien. Manifestationen fanden diese protonationalen Tendenzen in - zum Teil sogar institutionell verankerten - Ausprägungen von Sprache, Religion, Recht und Bildung, in einer spezifischen Populärkultur mit etablierten Formen öffentlichen Lebens sowie insbesondere auch in der Existenz beziehungsweise im Aufstieg lokaler Militär- und Zivileliten.

Bettina Dennerlein verwies zunächst darauf, dass die Frage nach dem Ursprung moderner Staatlichkeit in der arabisch-islamischen Welt nach wie vor wissenschaftlich und politisch kontrovers diskutiert werde. Da „Staat“ und „Nationsmodell“ als europäische Konzepte in die Welt exportiert worden seien, sei in Auseinandersetzung mit der kolonialen These lange Zeit die Rede vom Scheitern vorkolonialer Staatenbildung in der arabischen Welt dominant gewesen, die zunächst auch das arabische Selbstbild bestimmt habe. Jüngere Studien dagegen würden unter den Paradigmen von Postkolonialismus und Globalgeschichte sowie unter der Berücksichtigung von Forschungen zum Transnationalismus Fragen nach einem Ineinandergreifen innerer und äußerer Dynamiken politischer Reorganisation in der Schlüsselperiode des langen 19. Jahrhunderts in das Zentrum der Aufmerksamkeit rücken, wobei sich auch die Beurteilung der Rolle religiöser Traditionen als Legitimations- und Integrationsressource gewandelt habe. Mit Blick auf das Beispiel Marokko fasste Dennerlein die Problematik moderner Staatlichkeit in der arabischen Welt mit dem Bild des „Stehens zwischen zwei Zeitaltern“ - als Verweis auf das Nebeneinander traditioneller und moderner, überlieferter und nationaler Bindungen, Ordnungsvorstellungen und Autoritäten.

GUDRUN KRÄMER (Islamwissenschaft, Freie Universität Berlin) und ALEXANDER FLORES (Wirtschaft, Gesellschaft und Spra-

che der Arabischen Länder, Hochschule Bremen) erörterten die Wechselverhältnisse in der historischen Entwicklung nationalistischer und islamistischer Bewegungen, um nicht zuletzt das Augenmerk darauf zu lenken, dass beide Bewegungen Antworten geben, und zwar Antworten, wie Flores definierte, auf bestimmte Definitionen von Situationen.

Gudrun Krämer machte dabei auf die gegenseitige Durchdringung von nationalem und islamischem Vokabular aufmerksam. Dieses Vokabular lässt nicht nur Rückschlüsse auf die politischen Ideen zu, sondern es verdeutlicht auch auf den ersten Blick höchst kohärente Diskurse. Zentral steht im politischen Diskurs die Idee der Erwähltheit. Diese besondere Nähe, ja, die gegenseitige Überschneidung und gegenseitige Legitimierung von religiöser Erwähltheit und politischer Erwähltheit, erläuterte Krämer nicht aufgrund der besonderen Stärke der Ideen selbst. Hingegen sind hier Strukturen der gesellschaftlichen Wahrnehmung, der Schaffung von Wissen und des politischen Handelns gemeinsam zu berücksichtigen: Um die deutliche Nähe des Islamismus zu nationalstaatlichen Ideen zu erklären ist (a) die grundsätzlich wirklichkeitsschaffende Funktion von politischen Begriffen zu berücksichtigen. Die Ablehnung von Säkularisierung ist dabei insbesondere aus der kolonialen Situation nachzuzeichnen, der Gedanke der Säkularisierung nur schwer von der Idee einer feindlichen Übernahme zu lösen. Ferner (b) muss, wenn man über die Frage der institutionellen und konstitutionellen Trennung von Kirche und Staat nachdenkt, berücksichtigt werden, dass Islam sich nicht in eine Nische des Privaten einpassen lasse, hingegen zwingt er, (religiös) in der Welt zu leben. Islam sei eine Religion, die ermächtigt. Ihr Zentralcharakter ist „empowerment“. Und genau dieser Charakter von „empowerment“ ist (c) heute die zentrale Basis des islamistischen Diskurses. Seine Herausforderung, eine religiöse Erwählung als politische zu denken, wird dadurch erleichtert, dass der Islam nicht institutionsbestimmt (Kirchen), sondern normbestimmt ist. Der moderne Form- und Funktionswandel der Erwähltheit eines Handelns in der Welt kann dabei die nationale Idee integrieren, und

bleibt doch den traditionellen Normen (Ganzheitlichkeit und Authentizität) treu.

Alexander Flores verdeutlichte, dass für die Analyse die einfach scheinende Trennung zwischen Islam und Islamismus, Nation und Nationalismus eine unbedingte Voraussetzung sei. Dies nicht, weil die Gefahr bestehe, die Kollektivsingulare zusammen zu denken, sondern weil die Entstehung, das heißt der Wechsel von Bezugsgrößen, aus dem Blick gerate. Denn die Diskussion „Islam und moderner Nationalstaat“ verlange sicherlich vor allem eine dezidierte Auseinandersetzung mit den Konzeptionen von Territorium und Gemeinschaft (Umma). In der Erörterung des ägyptischen Nationalismus und der Frage danach, ob man überhaupt von einem arabischen Nationalismus sprechen könne, arbeitete Flores die Grundzüge politischer Ideologien im historischen Ablauf heraus: Konzepte der Überwindung von Abhängigkeit; anti-islamische Befreiungsideologien, zum Teil gestützt auf sozialistisches Vokabular; dann seit den 1970er Jahren ein Islamismus als politische Bewegung und fragte nach der Ausrichtung der jeweiligen partizipatorischen oder reformerischen Ideen, den jeweiligen westlichen oder antiwestlichen Orientierungen, um eine erstaunliche Anpassung von Nationalismus und Islamismus festzustellen. Die Schwerkraft dieser Annäherung liege tatsächlich nicht im Utopiegehalt der politischen Ideen, sondern in den sozialen und historischen Umständen und dem Verständnis der politischen Ideologien als konkrete Antwort auf historische und soziale Situationen. Wenn sich auch die islamischen und nationalen Bewegungen derzeit höchst differenziert zeigen, ist doch interessant, dass die politische, sicherlich von Symbolen bestimmte Definition der historischen Situation derzeit identisch ist. Auch wenn also der Islamismus nicht als internationales Phänomen gesehen werden könne: Das Element der Definition von Einheit und der Definition dessen, was überwunden werden muss, ist international höchst identisch, und lässt Islamismus und Nationalismus als überraschend ähnlich Antworten aktuell werden.

MANUEL HASSASSIAN (Bethlehem University Jerusalem) führte - gewollt/ungewollt - die Entwicklung eines partikularen Nationa-

lismus und seine Konstruktionsstrategien vor. Dabei wurde deutlich, wie zentral es ist, Nationenbildungen hinsichtlich des Fundaments der nationalen Definition von Repräsentation zu hinterfragen: insbesondere hinsichtlich der Exklusionsstrategien, Feindbilder und Feindideologien, die in einer engen Verklammerung mit nationalen Bestrebungen stehen.

ANJA PISTOR-HATAM (Seminar für Orientalistik Christian-Albrechts Universität zu Kiel) und UDO STEINBACH (vorm. Deutsches Orient-Institut Hamburg, jetzt: Berlin) leiteten in das interessante Spannungsfeld wechselseitiger Legitimationen - Geschichte, Patriotismus, Nationalismus, Islam - hinein und untersuchten das Ringen um einen modernen Ausdruck, einen modernen Status, zum einen auf der Ebene nationaler Selbstverständnisse, zum anderen auf der Ebene nationaler Außenpolitik.

Anja Pistor-Hatam zeichnete die Prozesse, Mechanismen und Elemente der Konstruktion einer iranischen Nation seit dem 19. Jahrhundert nach. Anhand einer Analyse des Bedeutungswandels von arabisch/osmanisch/persisch *milla/millet/mellat* („Glaubensgemeinschaft“ zu „Nation“) und *watan* („Heimat“ zu „Vaterland“) wies sie exemplarisch die Umcodierung von auf Koran und Sunna zurückführbaren Begriffen in politisch konzeptualisierte Legitimationsbegriffe nach. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts begann dann zudem eine Debatte um ein gemeinsames Territorium, eine gemeinsame Geschichte sowie eine Nationalsprache und Nationalreligion, in der der Mythos eines ewigen, einheitlichen iranischen Territorialstaates etabliert wurde, mit einer durch das Neupersische und den zwölfschiitischen Islam zusammengehaltenen homogenen Bevölkerung. Ethnische, sprachliche und religiöse Unterschiede wurden dabei negiert, die „iranische Nation“ nach innen und außen scharf abgegrenzt. Eine gewissermaßen geschichtsmythologische Aufladung erfuhr der iranische Nationalismus schließlich mit der Herrschaft der Pahlavi-Schahs (1925-1979): An eine bereits im 19. Jahrhundert begonnene „Rückbesinnung“ auf die vorislamische Geschichte Irans anschließend wurde nun eine direkte Verbindung von den Achämeniden

(550 bis 330 v. Chr.) zur Dynastie der Pahlevis gezogen.

Udo Steinbach zeichnete in der Charakterisierung der Außenpolitik des Iran, seinen Orientierungen in der arabischen Welt und den Wechselbeziehungen zur politischen Orientierung der USA die politische Geschichte des Iran selbst nach. Dabei stellte er in der Erörterung der möglichen Äußerungen der Politik durch Patriotismus, Nationalismus und Islam die Frage nach den Trägern in den Mittelpunkt, nach ihrem Selbstverständnis als Träger und nach den eigenen Einschätzungen von Machbarkeit. Insbesondere die Variation der Frage nach den politischen Ansprüchen hin zur Frage nach den eigenen Einschätzungen der Potentiale und Möglichkeiten ließ ein ebenso höchst differenziertes wie interessantes Bild der politischen Entwicklung des Iran entstehen. Steinbach diskutierte auch die inneren Zusammenhänge der Revolutionen der Jahre 1906 und 1978/79, dies nicht zuletzt auch hinsichtlich der zionistischen Bewegung und des Projekts eines jüdischen Staates und heute hinsichtlich des existierenden Israels.

MUHAMMED SAIF-ALADN WATTAD (Max Planck Institut für Ausländisches und Internationales Strafrecht, Freiburg) machte darauf aufmerksam, dass nicht erst die Antworten differieren im Diskurs über Gestalt und Rollen des Islam, sondern bereits die Fragen. Er erlaubte dabei einen interessanten Blick auf völker- und staatsrechtliche Beschäftigungen mit arabisch-islamischen Ländern, die, geradeso wie die Politik- und Islamwissenschaften, denen man häufig vorhält, vom 11. September überrascht - und in den geforderten Antworten überfordert - gewesen zu sein, zunächst erst einmal ein analytisches Rahmenwerk schaffen müssen. Dabei geht es um ein Rahmenwerk, das unter den Versuchen politisch-legitimatorischer Nutzung seine Aufgaben - deskriptive historische Annäherungen, Einzelfallanalysen und komparative, transdisziplinär sich ausweitende Analysen - nicht aufgibt.

Den beiden Schlussvorträgen von JOHANNES REISSNER und CHRISTOPH SCHUMANN gelang es, mit ihrer Beschäftigung mit Schlüsselbegriffen - Gesellschaft (Reissner) und Freiheit (Schumann) - nicht nur die Diskussionen der beiden Tagungstage noch

einmal zu konzentrieren, sondern auch Beispiele für zukünftige Aufgaben im Bereich der Islamforschung zu skizzieren.

Christoph Schumann (Islamwissenschaft und Neuere Orientalische Philologie, Universität Bern) regte an, der interessanten Entwicklung der politischen Freiheit zu folgen, ein Schlüsselkonzept, um politische Einstellungen zu verstehen. In einer Verbindung text- und wissensanalytischer Verfahren stellte er Ergebnisse aus einer Untersuchung politischer Schriften und Zeitungsartikeln in Ägypten und in der Türkei im Vergleich vor, um mit der Schlussfolgerung herauszufordern, dass das Konzept individueller Freiheit gegenüber dem kollektiven Begriff von Freiheit Vorrang gewonnen habe. Sind diese Beobachtungen der öffentlich-gesellschaftlichen Dimension in der arabischen Philosophie wahrgenommen und hinterfragt worden? In der Analyse der gegenwärtigen Suche nach einem Konzept „Freiheit“ in Arbeiten islamisch-arabischer Philosophen verzichtete Schumann darauf, Konzepte westlicher Ideengeschichte über die Diskussionen zu stützen, er ließ den westlichen Theorien zu politischer Freiheit (u.a. Isaiah Berlin, Hannah Arendt) zwar Raum, um Analysefragen zu entwickeln, beschäftigte sich dann jedoch konkret mit den Texten, um die erörterten Wechselbeziehungen - Freiheit und Authentizität, Freiheit und Befreiung, Freiheit und Emanzipation etc. - detailliert zu typisieren.

Johannes Reissner (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) hat mit der analytischen Differenzierung einer islamischen und einer muslimischen Gesellschaft in die Konstruktionsstrategien gegenwärtiger Gesellschaftsentwürfe eingeführt - und damit nicht zuletzt für die Schlussdiskussion die Frage an die Zukunft des interkulturellen Dialogs aufgeworfen. In seinem Vortrag machte er auf eine den Gesellschaftsideen zentrale Definition aufmerksam: der Definition von Insidern einerseits und Outsidern andererseits - khodi (die Eigentlichen), heir-e khodi (die Nicht-Eigentlichen) - aufmerksam. Dieser binäre Grundbestimmung, die gesellschaftliche Praktiken, Werte, Rituale und soziale Beziehungen determiniert, ist eine strukturbildende Funktion zuzuerkennen, das heißt, in der Unterscheidung von Eigentlichen und Nicht-

Eigentlichen oder Insidern und Outsidern liegt kein Prozess des Handelns und Verhaltens in islamischen Gesellschaften vor, das Attraktion und Abstoßung zu einer Hauptaufgabe der Gesellschaften machen würde. Hingegen ist in der binären Differenz ein Strukturelement der Gesellschaften zu erkennen. Während Reissner die Analyse dieser binären Differenzstruktur am Beispiel der Iran deutlich machte, umriss er zugleich auch klar bisherige Forschungsdefizite in ihrer sowohl wissenschaftlichen als auch politischen Relevanz.

In den intensiven Diskussionen, die sich an die Vorträge anschlossen, wurde das gegenwärtige Bestreben deutlich, zu betonen, dass Wissenschaft, die sich mit „Islam“ beschäftigt, weder nur Stichwortgeber für die politische Diskussion ist, noch ihre Themen erst durch die Aufforderung der Politik nach dem 11. September gefunden hat.

Konferenzübersicht:

Mihran Dabag (Institut für Diaspora- und Genozidforschung/Universität Bochum): Einführung

Lucian Hölscher (Universität Bochum): Säkularität zwischen Religion und Gesellschaft

Volkhard Krech (Universität Bochum): Religion und Politik im Zeitalter der Globalisierung

Steffen Reichmuth (Universität Bochum): Proto-nationale Tendenzen in der arabischen Geschichte der Neuzeit

Bettina Dennerlein (Universität Hamburg): Religiöse Traditionen und Staatsbildung in Marokko

Gudrun Krämer (Freie Universität Berlin): Säkularisierung als Problem: Ägypten

Alexander Flores (Hochschule Bremen) Islamismus und arabischer Nationalismus im Kontext

Manuel Hassassian (Bethlehem University Jerusalem): Islam, Democracy and the Future of Peace in the Middle East

Anja Pistor-Hatam (Universität Kiel): Persische Sprache und zwölferschiihischer Islam – Nationalismus in Iran

Udo Steinbach (Berlin): Die Außenpolitik der Islamischen Republik Iran – Zwischen Islamismus und Nationalismus

Mohammed Saif-Alden Wattad (Max Planck Institut für Ausländisches und Internationa-

les Strafrecht, Freiburg): Islam, Terrorism, and Modern Liberal Societies

Christoph Schumann (Universität Bern): Der nahöstliche Staat zwischen Utopie und Wirklichkeit

Johannes Reissner (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin): Weltgesellschaft, Islam und westliche Moderne – Der Fall Iran

Kristin Platt (Institut für Diaspora- und Genozidforschung/Universität Bochum): Schlußzusammenfassung

Tagungsbericht *Islam und moderner Nationalstaat*. 12.03.2008-13.03.2008, , in: H-Soz-Kult 16.08.2008.